

Danziger Zeitung.

Nr. 18267.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstrasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Insertionskosten für die sieben gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegraphische Nachrichten der Danz. Ztg.

Braunschweig, 30. April. Der Prinzregent Albrecht ist nach beendetem Kur in Baden-Baden heute früh hier wieder eingetroffen.

Darmstadt, 29. April, Abends. Die Königin Victoria hat in Begleitung des Prinzen und der Prinzessin Battenberg heute Abend 10^{1/2} Uhr die Rückreise nach England angetreten.

Frankfurt a. M., 30. April. Der frühere Oberbürgermeister Mumim von Schwarzenstein ist gestorben.

Eisenach, 30. April. Der Kaiser ist von dem zweiten Jagdausflug heute früh zurückgekehrt. Derselbe erlegte zwei stattliche Auerhähne. Heute Abend findet größere Hoftafel statt, worauf der Kaiser sich abermals auf die Auerhahnbahn begibt. Die Abreise nach Weimar ist auf morgen früh 9 Uhr festgesetzt. Der Kaiser nimmt dasselbe einen Aufenthalt bis Abends 6 Uhr und tritt von da die Rückreise nach Berlin an.

Wiesbaden, 30. April. Die Kaiserin von Österreich ist heute Mittag nach beendetem Kur mit der Erzherzogin Valerie nach Wien zurückgekehrt.

Wien, 30. April. Nach einem im Abgeordnetenhaus ausliegenden Bulletin ist bei dem Präsidium Smolka gestern eine gefährliche Entzündung der rechten Lunge constatirt worden.

Pest, 30. April. Wie "Neujahr" eröffnet, reisen die Minister Graf Szapary und Dr. Wekerle wahrscheinlich am Sonnabend nach Wien zur Wiederaufnahme der gemeinsamen Ministerkonferenzen behufs der definitiven Feststellung des gemeinsamen Voranschlags auf Grund gewisser inzwischen vom Kriegs-Minister vorzunehmender Umrechnungen.

Paris, 30. April. Das Panzerschiff "Durance" wird in 14 Tagen Rochefort verlassen, um den Garnisonen in Atonu und Porto Novo Verproviantur und Munition zu überbringen.

Belgrad, 30. April. Die Skupstichting ist heute in Abwesenheit der Regenten ohne Formlichkeit geschlossen worden. Der Ministerpräsident verlas die Botschaft, welche die Deputierten mit Hochrufen auf den König, das serbische Volk und die Regierung aufnahmen.

Zanzibar, 29. April. Der Reichscommission Major Wihmann hat heute Bagamoyo mit einer zahlreichen Truppe verlassen, um Alosa zu unterwerfen.

Politische Übersicht.

Danzig, 1. Mai.

Der erste Mai.

Es wäre ein müßiges Beginnen, im gegenwärtigen Augenblick Beobachtungen über den Verlauf des heutigen Tages anzustellen. Wir sind aber in der Überzeugung nicht erschüttert, daß die weitgehenden Befürchtungen, die manche ängstlichen Gemüther in den letzten Tagen bewegt haben, keine Bestätigung finden werden. Über den bisherigen Verlauf der "Maiwoche" in unserem Danzig finden die Leser im lokalen Theile das Einschlägige verzeichnet. Auch in der Reichshauptstadt hielt man gestern, wie uns von verschiedenen Seiten berichtet wird, auf Grund genauer Kenntnis der Verhältnisse an der Hoffnung fest, daß der erste Mai in Berlin ruhig verlaufen werde. Dass einzelne Neubereiche und Schlägereien, wie sie sich vorgestern in der Eisengießerei Ophorus zwischen striekenden und weiter arbeitenden Arbeitern ereigneten, dieses oder jenes Nachspiel haben werden, kann freilich nicht als ausgeschlossen betrachtet werden; aber trotzdem dürfte kaum Veranlassung gegeben werden zum Einbrechen gegen größere Ruhestörungen, zu deren Unterdrückung im Reim allerdings alle Vorbereitungen getroffen worden sind.

Aus dem übrigen Deutschland liegt noch eine Reihe von Meldungen vor, welche in derselben Weise wie die in den letzten Tagen einesfalls die Vorbereitungen von Arbeitern für die Feier, andererseits die Maßregeln von Arbeitgebern, städtischen und staatlichen Behörden gegen mutwillige Strikes und eventuelle Tumulte verzeichnen, so aus Chemnitz, Lübeck, Hamburg, Hannover. In Braunschweig haben die Socialdemokraten beschlossen, um Conflicte zu vermeiden, heute von den beabsichtigten gemeinsamen Ausschlügen abzusehen. Die Polizei ist für sämtliche Wirtschaften der Stadt Braunschweig für heute Abend auf 11 Uhr festgesetzt.

Was den Stand der Bewegung im Auslande betrifft, so sieht die Situation, soweit die Nachrichten reichen, verhältnismäßig am bedrohlischsten in Österreich aus, allerdings nicht allein auf Grund der Maiwoche allein, sondern wegen der Erhöhung der Gemüther, die ohnehin seit Wochen durch die Strikebewegung in Mähren hervorgerufen worden ist. So ist es, wie das "A. K. Telegraph-Corresp.-Bureau" aus Frankfurt meldet, gestern dort wieder zu ernsten Ausschreitungen gekommen. Ein Trupp Arbeiter konnte nur mit Mühe vom Sturm des Bezirksgerichtes abgehalten werden. Die Fabrik Bumbalar wurde demoliert; die Waarenvorräthe zerstört. Das eingerückte Militär stellte die Muße her und bewahrte andere Fabriken vor Schaden. Auch in sämtlichen Fabriken von Bielitz und Bielsko wird ein Strike befürchtet. An anderen Orten, namentlich in Pest und Prag, mahnen die Arbeitercomités selbst mit Nachdruck zur Wahrung von Ruhe und Ordnung, während in Königsgrätz überhaupt keinerlei Zeiter seitens der Arbeiter vorgenommen wird. In Pest ist jedoch für alle Fälle die gesamte Garnison in Bereitschaft gestellt, und zwar derartig vertheilt, daß gegedrohten Fällen dem Gesuch der Behörden um Beistand sofort entsprochen werden kann.

In Italien ist die Arbeiterwelt getheilt, und vielfach wird von den Arbeitern selbst zur Enthaltung von allen Demonstrationen gemahnt. An lautein Gescheh aus den Kreisen der Extremen hat es freilich auch hier nicht gefehlt, so daß die Regierung, wie sie gestern im Parlamente auf eine Interpellation hin erklären ließ, hierin gesetzliche Handhaben genug gefunden hat, jede öffentliche Aufführung am 1. Mai zu verbieten.

In England soll heute eine Massenkundgebung in Chatham stattfinden, wobei unter anderen Sir John Gorst, Mitglied des Parlaments für Chatham, die Berliner Conferenz sprechen will. Für London selbst hat ein gestern veröffentlichtes Verbot des Central-Polizei-Bureaus für heute jeden öffentlichen Aufzug untersagt, sofern der selbe nicht von dem sogenannten "Victoria-Empankment" des Themse-Duais aus seinen Weg nach dem Hyde-Park nimmt. Die Arbeiter, die sich an der Versammlung beteiligen wollen, sollen beabsichtigen, vom Ost-Viertel und vom Bezirk Clerkenwell aus in öffentlichen Aufzügen sich nach dem Hyde-Park zu begeben; das erlassene polizeiliche Decret tritt dieser Absicht entgegen.

In Portugal scheinen dagegen an mehreren Stellen die Behörden selbst der Arbeitermanifestation nicht abgeneigt zu sein, wie in Oporto, wo die Arbeiter die Erlaubnis zu einem großen Meeting für heute erhalten haben, nachdem sie erklärt hatten, daß sie selber im Stande sein würden, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Studenten verluden hier, sich bei den Kundgebungen zu beteiligen, wahrscheinlich, um Veranlassung mehr zu haben, das Colleg zu schwämmen. In Lissabon wollen die Arbeiter in mehreren großen Werkstätten heute feiern. Dieselben werden am 3. Mai eine Kundgebung veranstalten, in welcher sie ein großes Meeting auf den 4. Mai zusammenberufen, um einen Normal-Arbeitsstag zu fordern. Die republikanische Partei steht der Arbeiterbewegung vollständig fern.

Eine ruhige und besonnene Haltung nehmen die Arbeiterkreise auch in Rumänien ein, worüber uns folgende Depêche zugeht:

Bukarest, 1. Mai. (Privatelegramm.) Die Arbeiter aller Gewerbsweige beschlossen, die Maifeier erst nächsten Sonntag abzuhalten.

Auch in Paris ist man, wie von gestern Abend telegraphiert wird, ohne Sorge. Der Präsident der Kammer, Floquet, hat Befehl gegeben, daß heute alle Petitionen, die einkommen sollten, auf der Quästur entgegengenommen würden; jedoch dürfen dieselben nur von Deputationen, die aus nicht mehr als 5 Mitgliedern beständen, überreicht werden. Floquet wird keine Abordnung empfangen, die sich aus einer Ansammlung aus öffentlicher Strafe gebildet hat. Außer der in Paris consignierten Garnison werden acht Cavallerie-Regimenter zur Verfügung des Gouverneurs von Paris sein. Die Truppen werden in nicht auffälliger Weise an allen Punkten der Hauptstadt, wo Unruhen zu befürchten sind, verteilt werden, hauptsächlich an den Zugängen zum Elysée und zur Kammer. Der Verkehr wird an allen Punkten ungestört sein. Ansammlungen dürfen jedoch nicht stattfinden. In militärischen Kreisen sieht man den morgigen Ereignissen völlig ruhig entgegen, da die getroffenen Maßregeln allen Eventualitäten genügen. Die Regierungskreise hegen jetzt gleichfalls eine beruhigtere Auffassung.

Von heute wird uns aus Paris noch telegraphiert: Paris, 1. Mai. (W. T.) Wie die heutigen Blätter melden, hält die Bank von Frankreich von Mittag ab ihre Bureaux geschlossen. Die kleineren Theater bleiben Abends ebenfalls geschlossen. Die Bureaux für Stellenvermittlung und die größeren Banken sind unter besondere Überwachung gestellt. In den Vororten ist überall Gendarmerie consigniert.

In den großen Städten der Provinz sind ähnliche Vorfahrungen getroffen.

Die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus über das Sperrgeldergesetz,

die vorgestern stattgefunden haben, leiten sich zwar wie ein Zwischenakt aus den Culturkampfseiten, der Ausgang der Verhandlungen wird aber, und darüber kann kein Zweifel sein, einen sehr friedlichen Charakter haben. Der Versuch des Centrums, die Conservativen auf ihren Standpunkt hinüberzuziehen, indem man einen der Rechten so nahestehenden Parteigenossen wie den Graf Strachwitz vorschickte, blieb ohne jeden Erfolg. Die Conservativen revanchierten sich, indem sie durch den Freiherrn v. Erffa, der sonst dem Centrum nicht gerade feindlich gesinnt ist, ihrerseits ihre Stellung zum Gesetz präzisieren lassen. Herr Windhorst stellte eine lange Reihe von Forderungen auf, aber hier wird man unterschieden müssen zwischen denjenigen, die von vornherein unerfüllbar sind, und denjenigen, über welche die Commission wahrscheinlich eine sehr fruchtbare Erörterung führen wird.

Den Standpunkt der freisinnigen Partei legte der Abg. Richter dahin dar, daß die Vorlage für die Freisinnigen wegen des § 3 (Vereinbarung zwischen Cultusminister und Bischöfen) unannehmbar sei. Vorzuleben sei eine definitive Vereinbarung mit den Bischöfen über die Verwendung der Gelder. Ob die Bischöfe an die Diözesen oder an die Gemeinden, denen bew. deren Geistlichen die Leistungen vorenthalten werden, ausgelleitet werden sollen, sei eine offene Frage, ebenso ob die Ausszahlung in Kapital oder Binsen erfolge. Richter betonte die Bereitswilligkeit seiner Partei, an einer definitiven zur Ver-

söhnung führenden Regelung mitzuwirken, welche das discretionäre Ermessen des Ministers ausschließt, jeden Weg zu einem künftigen Streit verschließt und der katholischen Kirche die Verhüting gewährt, daß dieser Fonds dauernd zu ihren Gunsten Verwendung finde. Damit könnte sich das Centrum begnügen. Die Freisinnigen würden ihre Abstimmung jedoch nicht von denjenigen einer anderen Partei abhängig machen; diese Art der Reciprocity sei unzulässig.

Der eigentliche Stein des Anstoßes für das Centrum ist gleichfalls der Vorbehalt, daß über die jährliche Verwendung der den einzelnen Diözesen zufallenden Binsbeträge eine Vereinbarung zwischen dem Cultusminister und den Bischöfen erfolgen soll. Daß diese Bestimmung nicht wünschenswert ist, haben auch die Nationalliberalen anerkannt, und selbst Minister v. Goßler sprach die Erwartung aus, daß sich in der Commission eine Verständigung über eine anderweitige Bestimmung erzielen lassen. Gegen eine endgültige Verfügung über die Verwendung der Gelder, sei es zur Erhöhung der Geistlichen-Gehälter, sei es zur Bildung eines Emeritensfonds, würde auch der Cultusminister nichts einzuwenden haben. Es scheint aber, daß die Bischöfe selbst in dieser Hinsicht freie Hand zu behalten wünschen.

Auf alle Fälle überwiegt, wie uns von unserem Berliner Correspontenten geschrieben wird, in parlamentarischen Kreisen der Eindruck, daß das Centrum es nicht darauf ankommen lassen wird, daß die Sperrgelder in den Regierungskassen liegen bleiben, wenn auch Herr Windhorst in halb ernster, halb scherhafter Weise versicherte, man werde lieber hungern als sich auf die Vorläufe der Regierung einzulassen. Über die Frage, wie die Curie oder die Bischöfe sich zu der Vorlage stellen werden, war der Cultusminister nicht in der Lage eine offizielle Erklärung abzugeben, er konstatierte aber, und das ist fachlich der wichtigste Punkt, daß das Staatsministerium Ursache habe anzunehmen, die kirchlichen Oberen würden das Gesetz nicht zurückweisen. Wie das Staatsministerium zu dieser Annahme gekommen ist, darüber verzweigte der Minister jede Auskunft. In diesem liegt die Vermuthung nahe, daß die Sanktionen bei der Curie, von denen neulich die "Germania" zugab, daß sie flattgelaufen, die Regierung in dieser Sache beruhigt haben. Der ganze Streit dreht sich in dieser Frage nur um den Unterschied zwischen einer vorausgehenden bindenden Erklärung der Curie, daß sie das Gesetz annehme, und einer vorläufigen erklären Bereitswilligkeit, das Gesetz, wenn es erst erlassen sei, als tolerabel anzusehen. Neu ist dieser Streit bekanntlich nicht. Auch bei dem Abschluß des Culturkampfes hat die Curie eine öffentliche Erklärung über ihre spätere Stellung zur Sache abgelehnt, gleichwohl aber sich mit der Regierung darüber verständigt, was sie eventuell, d. h. falls die gesuchenden Faktoren sich schlüssig gemacht haben, als zulässig erachten werden.

Unter diesen Umständen ist mit ziemlicher Sicherheit vorauszusehen, daß die Verhandlungen in der Commission nicht resultlos verlaufen werden und daß die Frage des Sperrgeldergesetzes von dem Wunschkettel des Centrums verschwinden wird.

Bericht auf das Septennat.

In einem Artikel über das Septennat schreiben die "Hamb. Nachrichten", das Organ des Fürsten Bismarck, nachdem die Regierung, d. i. Fürst Bismarck, im Jahre 1874 und 1887 auf die Gefahr eines schweren Conflicts hin an der Bevollmächtigung der Friedenspräsenzstärke auf 7 Jahre festgehalten habe, „mußte es die äußerste Verwirrung in denjenigen Kreisen der Nation, auf deren Unterstützung die Reichs- und Staatsleitung seit einem Vierteljahrhundert in erster Reihe gerechnet hat, anrichten, wenn in einer derartigen Grundfrage unseres öffentlichen Rechts (!), lediglich behufs leichterer Durchsetzung einer einzelnen militärischen Forderung, darauf verzichtet würde, die bisherige principielle Stellung mit Nachdruck festzuhalten“.

Damit wird indirect bestätigt, daß die neue Regierung den Bericht auf das nutzlose, lediglich auf einem, wie die Erfahrung lehrt, unberechtigten Misstrauen in den Reichstag, und die Wählerschaft beruhende Septennat ins Auge gesetzt hat. Aus der bairischen Kammer.

Im Finanzausschuß der Kammer der Abgeordneten wurde seitens der Centrumpartei die Erklärung abgegeben, daß die Partei im Hinblick auf die Rede des Prinzen Ludwig im Reichsrath, und in der Hoffnung, daß die wahre Kunst gepflegt werde, für Kunsthäuser statt der bewilligten 60 000 Mk. nunmehr 100 000 Mk. bewilligen wolle, ohne jedoch dadurch eine Verpflichtung für die Zukunft einzugehen; außerdem wurde auch die Errichtung einer weiteren Kunsthalle an der Münchener Akademie genehmigt. Der Minister Freiherr v. Crailsheim dankte und erkannte an, daß in der Bevollmächtigung kein Präjudiz liege. Damit sind auch die letzten Staatsdifferenzen ausgeglichen.

Schulreform in Österreich.

In der vorigestrichen Sitzung des Abgeordnetenhauses erklärte bei der Beratung des Budgettitels "Mittelschulen" der Unterrichtsminister v. Gauthier bezüglich der Befreiungen betreffs Einschränkung des klassischen Sprachunterrichts und der Verbesserung der realistischen Fächer, wenn er auch offen und rückhaltlos die Fehler der bestehenden Unterrichtsmethode in den klassischen Sprachen zugebe, so könne er sich doch in dem groben Kampfe zwischen Realismus und

Humanismus nur auf die Seite des Letzteren stellen. Die Staatsverwaltung müsse unter den gegebenen Verhältnissen um so mehr an der humanistischen Richtung für Gymnasien festhalten, als in den letzten Decennien für die Pflege der realistischen Richtung in überreichem Maße durch die Kunstsvereine und Staatsgewerbe-Fachschulen, sowie durch kommerzielle und Fortbildungsschulen vorgesorgt sei.

Unter den Pariser Anarchisten, welche, wie gemeldet, in Paris verhaftet worden sind, befinden sich eigentlich hümürliche Persönlichkeiten. Einer der Verhafteten, Namens Mordacq, war boulangeristischer Kandidat bei den letzten Municipalwahlen, ein anderer kein geringerer als der Marquis Mores, einer der Hauptanhänger der Antisemitenpartei in Frankreich. Derselbe suchte sich der Verhaftung durch Flucht zu entziehen, wurde aber von der Polizei eingeholt. Er ist beschuldigt, der revolutionären Partei Gelder befußt Gründung von Journals und zum Zweck der Drucklegung der jüngst entdeckten anarchistischen Broschüren, welche sich auf den 1. Mai beziehen, zur Verfügung gestellt zu haben. Zu den Verhafteten gehört ferner Prévost, Sekretär der Arbeiterbörse, und Cuissé, Delegierter des Executiv-Comités bei der Arbeiterbörse. Am Sonntag haben die Anarchisten nicht nur in Versailles, sondern auch in Paris und St. Germain einen aufrührerischen Aufruhr an die Soldaten vertheilt; derselbe war in der am Montag aufgehobenen Druckerei hergestellt, dort fanden sich auch andere vorbereitete Plakate aufreihenden Inhalts. Den Meldungen der gestrigen Pariser Blätter folge sind nach den 15 ersten weiter vierzig Anarchisten verhaftet worden, darunter zwei Bahnbedienstete. Bei den Haussuchungen wurden wiederum Explosivstoffe vorgefunden. Ueber die neuesten Ereignisse in dieser Anarchistenaffäre berichtet heute der Telegraph:

Paris, 1. Mai. (W. T.) Bei der Untersuchung, die gestern in der Redaktion des mit Mores in Verbindung stehenden Anarchistenblattes "Assaut" vorgenommen wurde, wurden 1500 Eisenbeschlagene schwere Anhüte vorgefunden. Die Blätter glauben, daß Mores dieselben bestellt hat.

Paris, 1. Mai. (W. T.) Louise M. und drei andere Anarchisten wurden Abends verhaftet.

Durch die bei dem Antisemiten-Anarchisten Mores befallenen Papiere sollte auch noch eine andere Persönlichkeit von höchstem Adel, der Herzog von Luynes stark compromittiert sein, so daß bereits die Verhaftung desselben angeordnet worden sein sollte. Der der Regierung nahestehende "Temps" bezeichnet jedoch diese Nachrichten als unbegründet!

In Lyon sind bis Dienstag 15 Anarchisten verhaftet worden. Bei den Haussuchungen wurden ebenfalls Explosivstoffe gefunden. Weitere Verhaftungen sollen bevorstehen.

Auf der Insel Kreta ist nunmehr definitiv eine erfreuliche Wendung zum Besseren eingetreten. Einem Telegramm des "Reuter'schen Bureaus" aus Canea zufolge ist der Belagerungsstand aufgehoben, die Kriegsgerichte sind abgeschafft worden. Es herrscht befriedigte Stimmung hierüber in der christlichen Bevölkerung.

Angriff auf ein italienisches Schiff in Ostafrika.

Nach einer Meldung der "Agenzia Gesamt" aus Aden vom Dienstag war bei der Rückfahrt der "Volta" von Zanzibar ein kleines zu derselben gehöriges Boot in eine den Europäern bisher nicht offene Küstenortschaft eingelaufen und von den Einwohnern angegriffen worden. Hierbei wurde ein Offizier der "Volta" getötet und ein Matrose verwundet. Die übrige Mannschaft schlug den Angriff zurück, tödte mehrere Angreifer und gelangte wieder an Bord. Ob der Ort des Angriffs zu dem deutschen oder englischen Gebiet gehört, oder an der Somaliküste liegt, ist leider nicht angegeben, so daß man die Bedeutung dieses Encounters nicht beurtheilen kann.

Abgeordnetenhaus.

51. Sitzung vom 29. April.

Zur ersten Beratung steht der Gesetzentwurf über die Aufhebung des Sperrgeldfonds.

Abg. Gattier (nat.-lib.): Meine Freunde begrüßen die Vorlage als Mittel zur Wiederherstellung des Friedens mit Freunden, halten aber eine gründliche Erörterung in einer Commission für nötig. Daß das aufgezählte Kapital nicht ausgeliefert wird, billigen wir. In betreff des § 3 erwarten wir Erklärungen des Ministers über seine Absichten. Die Commissar muss feststellen, ob die katholische Bevölkerung in dem Gesetz ein Mittel zum Frieden sieht; nach der Haltung der katholischen Presse scheint das nicht der Fall zu sein. Godam ist festzustellen, ob nicht der Gesetzentwurf große Bedenken bei der protestantischen Bevölkerung hervorruft kann. (Glächter im Centrum.) Die protestantische Bevölkerung hat seit langem das Gefühl, daß die Forderungen der evangelischen Kirche nicht so energisch eingetreten werden. Deshalb müssen wir von der Regierung Maßnahmen verlangen, welche auch die kirchlichen Bedürfnisse der Protestanten befriedigen. (Lachmayer im Centrum.) Je nach dem Ausfall der Commissionserörterungen werden wir für oder gegen das Gesetz Stellung nehmen. (Betzall bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Deditz (Freicons.): Nach der Entstehung und dem Austritt des Sperrgeldes besteht kein Rechtsanpruch auf die Restitutio der Sperrgelder. (Lebhafter Widerstreit im Centrum.) Abgesehen davon, daß eine Restitutio jeder Rechtsgrundlage entbehrt, können auch praktische und konfessionell-politische Gesichtspunk

den Frieden zwischen Staat und Kirche zu stärken. Der katholischen Kirche soll eine neue Dotierung (Gelächter im Centrum) von 560 480 Mk. gewährt werden. Es wäre wenig wünschenswert, wenn bei unseren Staatsverhandlungen die zwischen den Bischöfen und der Regierung etwa entstandenen Streitigkeiten reflektieren sollten. Deshalb muss von vornherein auf die Dauer eine Vereinbarung über die Verwendung statfinden; sonst würden auch, so lange eine Vereinbarung nicht zu Stande kommt, die Renten als erwartet wieder zu verrechnen sein. Nötigen daher die Bischöfe der Vereinbarung mit der Regierung keinen Widerspruch entgegensetzen. (Gelächter im Centrum.) Wir verneinen uns nicht, dass dies Gesetz lebhafte Beunruhigung in evangelischen Kreisen hervorruft. (Lachen im Centrum.) Die Thatjache ist nicht zu leugnen. Der Stachel muss beseitigt werden; das kann z. B. geschehen durch eine schlämige Erledigung der Stolgebührenfrage. Die Vertreter der katholischen Bevölkerung hier im Hause haben es in der Hand, welche Stellung andere Parteien nehmen sollen. Beneficia non obtruduntur. Die Verantwortung für die Errichtung der Wohlthat dieses Gesetzes für die katholische Kirche trägt das Centrum. (Beifall rechts, lachen im Centrum.)

Graf Strachwitz (Centr.): Ich kann nicht leugnen, dass ich und viele meiner Freunde mit großer Freude dieser Vorlage entgegensehen, denn nach der Erklärung des Ministers könnten wir nichts anderes erwarten, als eine restitutio in integrum. (Sehr wahr! im Centrum.) Das directe Gegenteil von dem ist erfolgt. Ich nehme keinen Anstand, die Einbringung dieser Vorlage als ein tief bedauerliches Ereignis zu bezeichnen. Nicht, als ob wir die Confiscation der 16 Millionen zu beklagen hätten, aber weil jeder, der es mit dem Vaterlande gut meint, bedauern muss, dass eine solche Rechtsauffassung im preußischen Staat hat Boden fassen können. (Sehr wahr! im Centrum, Heiterkeit links.) Das Gesetz von 1875 spricht von vorbehalteten Leistungen, aber nie von einer Beschlagnahme derselben. Diese Vorlage nimmt einfach die Gelder, die eine Reihe von Jahren dem Clerus gesperrt waren, und verpflichtet allerdings den Staat zu einer Rente, aber zu was für einer Rente? Zu einer Rente, die von der Discretion des Ministers abhängig ist. Diese Vorlage stößt die Absicht, welche dem Gesetz von 1875 zu Grunde lag, direkt um. Nur von einer Entziehung von Zuflüssen auf Zeit ist die Rente genehmigt, nie von einer Confiscation des Kapitals. Für eine einfache Wegnahme, Beschlagnahme des Kapitals wäre damals auch schwerlich eine Mehrheit zu haben gewesen. Indem der Staat sich jetzt auf diesen Standpunkt stellt, macht er sich einer Verleugnung des siebenten Gebotes schuldig. (Unruhe und Widerspruch.) Die vorbehalteten Zuschüsse bestehen in einem minimalen Theil aus solchen, die auf dem Wohlwollen der Volksvertretung beruhen, zum größten Theil aber aus Entschädigungen, welche den Staat für das durch völkerrechtliche Verträge in seinen rechtmäßigen Besitz übergegangene Vermögen der Kirche zu zahlen sich verpflichtet hat. (Sehr richtig! im Centrum.) Das ganze Sperrgesetz war zum großen Theil nichts anderes, als eine Steuer auf das das katholische Volk. (Sehr wahr! im Centrum.) Es ist ein weiteres schweres Unrecht, die Verwendung dieser Gelder einfach in das alleinige Ermessens des Herrn Ministers zu stellen. Das muss das katholische Volk verbittern und das Ansehen des Staates schädigen. (Sehr wahr! im Centrum.) Mit diesem Gesetz bahnen Sie der Sozialdemokratie den Weg, indem Sie ihr die Mittel zeigen, wie sie es machen soll. Ich hoffe, dass das katholische Volk stets seine Pflicht thun wird zum Wohle des Staates, aber machen Sie es uns doch nicht zu schwer, immer neue Mittel zu bewilligen, indem Sie uns das vorbehalten, was uns zusteht. (Heiterkeit links.) Will die Regierung die Confiscation des Kirchenvermögens aufrecht erhalten, so hoffen wir wenigstens, dass eine Commission das Gesetz verbessert. Auf jeden Fall bitte ich Sie, der Kirche und dem katholischen Volk das zurückzugeben, was ihnen von Gott und Rechtswegen gebührt. (Lachen im Centrum.)

Abg. v. Erffa (cons.): Wir hoffen, dass über die Vorlage eine Verständigung, eventuell in der Commission erreicht werden wird; doch wollen wir den Katholiken, wenn das, was Graf Strachwitz ausgeführt, die einstimmige Meinung der Herren vom Centrum sein sollte, das Gesetz nicht aufzwingen. Aus den Schlussworten des Grafen Strachwitz klange übrigens heraus, dass Sie mit Ihrer totalen Ablehnung noch nicht so ganz sicher sind. Wir lassen die Vorlage als die Gewährung einer Dotation auf; diesen Charakter hat sie schon dadurch, dass sie eine ewige feste Rente feststellt, welche vom Landtag budgetmäßig nicht beauftragt werden kann. Wir akzeptieren diesen Charakter, hoffen aber bestimmt, dass endlich auch die langjährigen Wünsche der evangelischen Landeskirche erfüllt werden. (Aha! im Centrum), dass die durch das Königswort Friedrich Wilhelms IV. gegebenen Versprechungen endlich eingelöst werden. Wir wünschen namentlich, dass endlich der Verhältnis im § 54 des Civilstandsgeckes entsprechend, die Ablösung der Stolgebühren erfolgt. Wir bitten die Regierung, die vor der Generalversammlung einstimmig als Pauschquantum für diesen Zweck bezeichnete Summe von 750 000 Mk. bereits in den nächsthängenden Staat einzustellen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Windhorst: Ich hatte gehofft, die Discussion würde in ruhigerer Weise eingeleitet werden, als es durch Hrn. v. Deditz geschehen ist. Der Schlussakkord seiner Rede hat mich an die höchsten Tage des Culturkampfes erinnert. Man scheint das Gesetz von 1875 gar nicht gelesen zu haben. Es handelt sich damals keineswegs um eine Veränderung der Natur und der rechtlichen Bedeutung dieser Ausgaben; die blieb vollständig intact. Hebt man jetzt die Einhaltung auf, so tritt ganz von selbst die rechtliche Natur derselben wieder in Wirklichkeit. Das Gesetz hat diese Gelder nicht zu Staatsgeldern gemacht, so dass es etwa nur die Billigkeit verlangt, dass wir davon etwas zurückbekämen. Das ist der Cardinalsschutz Ihrer Ausschreibungen. Die Herren, die glauben, dieses Geld sei reines Staatseigenthum geworden, urtheilen wie die Sozialdemokratie. Sie meint auch, dass durch ein Staatsgesetz das Eigenthum aufgehoben, zum Staatseigenthum gemacht werden und nach einem neuen System anderweitig zur Vertheilung kommen könnte. Ich erkläre: wer für dieses Gesetz stimmt, stimmt wie ein Sozialdemokrat. (Heiterkeit.) Ich fürchte, dass ich noch nicht alt genug bin, um es nicht zu erleben, dass Ihnen Ihre neue Theorie von anderen Leuten auf dem Rücken klar gemacht wird. (Heiterkeit.) Von dem materiellen Rechtsstandpunkte sind wir berechtigt, die Herausgabe dessen zu verlangen, was man zurückgehalten hat. Es war ein Unrecht, das zu nehmen, und Jeder, der im Unrecht etwas nimmt, ist vor Gott und dem Gewissen unverantwortlich und verpflichtet, es herauszugeben, und zwar mit Zinsen. (Heiterkeit.) Ich verlange eine detaillierte Nachprüfung über die Posten, aus denen sich die 16 Mill. zusammensehen, und die Berechnung der Zinsen. Das Einfachste wäre, nach Menge der Provenienz aus den einzelnen Diözesen den einzelnen Bischöpfen das Geld zu geben. Wenn ich unrecht Gut weggenommen habe, so gebe ich es dem zurück, dem ich es weggenommen habe. (Beifall im Centrum.) Der Staat hat in dieser Hinsicht gar nichts zu sagen. Nun soll die evangelische Bevölkerung über die Vorlage sehr aufgeregzt sein; sie meine, es handle sich um eine neue Bevorzugung der katholischen Kirche. Ja, meine Herren, unter dem Ministerium Goßler eine Bevorzugung der katholischen Kirche. Das lautet wie Ironie. (Sehr richtig! im Centrum.) Ich werde immer unter den ersten sein, welche berechtigte Ansprüche der evangelischen Kirche befriedigen; das habe ich immer gethan und werde darin fortfahren. Die Entschädigung für die Stolgebühren ist durchaus zu leisten, das hätte längst geschehen müssen. Die Verhältnisse in Bezug auf die Dotierung für die evangelische Kirche müssen erfüllt werden, und ich weiß nicht, warum es noch nicht geschehen. Für Bedürfnisse der evangelischen Kirche, welche Sie selbst zu befriedigen außer Stande ist, muss Hilfe gewährt werden. Ich werde selbstverständlich dann die Gleichberechtigung der katholischen Kirche

verlangen. Namentlich müssen die Bischöfe ausgestattet werden mit Grund und Boden, wie es in der Bulle de salute animarum vorgeschrieben ist. Ich habe die Meinung, dass die Herren allerlei von der evangelischen Kirche behaupten, was garnicht existirt. Wenn die Evangelischen wissen werden, dass es sich hier nicht um neue Zuwendungen aus Staatsmitteln handelt, so wird kein ruhig denkender Protestant so urtheilen, wie die Herren es in dem „Reichsbund“ gethan haben, und wie das Ministerium in diesem Falle es auch tut. Mir ist aus diesem Hause zugetragen worden, als käme es vom Ministerialen aus, dass die Kirchenbehörden ihre Zustimmung zu dieser Vorlage gegeben haben, das insbesondere der heilige Stuhl sich damit einverstanden erklärt hätte. Ich habe keine offiziellen Nachrichten, aber ich habe keine Bedenken zu behaupten, dass der heilige Stuhl zu dieser Vorlage seine Zustimmung nicht gegeben hat; eben so wenig haben die Bischöfe es gethan. Aus diesen meinen Darlegungen folgt, dass das Gesetz, wie es vorliegt, von uns nicht angenommen werden kann. Gehr zu meinem Bedauern; denn Sie können wohl begreifen, dass man nicht leicht solche Vorheile aufgibt. Aber in Fällen der Art stehen mir die Prinzipien viel höher, als irgend ein Utilitätsgrundzähler, und wir sollten uns in dieser Zeit des Verbleibens aller Rechtsbegriffe hüten, aus Opportunitätsgründen Dieses oder Jenes zu geben. Die Herren von der conservativen Partei sollten vor allem dies festhalten, weil so willkürliche Verfüngungen über das Eigenthum zunächst sie und die Interessen verhören, die sie vertreten. Abgesehen aber auch von unserer principiellen Auffassung der Vorlage, entspricht die Ausführung, die in dem Gesetz liegt, der Grundidee sehr wenig. Das Gesetz macht einen neuen Verdach, mit katholischen Geldern sich Mittel zu verschaffen, corrumpirend in unsere Verhältnisse einzugreifen. (Sehr wahr! im Centrum.) Wir müssen ferner wissen, ob alle Gelder, die während des Culturkampfes beschlagnahmt sind, berücksichtigt sind. Der Cultusminister Falk, unglücklich Angebunden (Unruhe bei den Nationalliberalen), hat es für zulässig erachtet, dem Bischof von Ermland, 2 Jahre vor dem Sperrgesetz, eine erhebliche Sperr aufzulegen. Sind auch diese Gelder hier aufgeführt? Sonst bitte ich doch, das nachzuholen, wenn es nicht vorgezogen wird, sie dem noch lebenden Bischof ohne weiteres auszuzahlen, mit einem Entschuldigungsschreiben. (Heiterkeit.) Es ist auch eine große Anzahl von Stiftungen, von Anstalten gesperrt worden. Der Minister will zunächst das ganze Geld einziehen, das ist ein Akt gegen das siebente Gebot, und dann beliebig die Rente ergeben; dadurch würde eine fortwährende Beeinträchtigung des Kirchenregiments herbeigeführt werden, welche wir nicht dulden können. Wir haben dem Ministerium leider schon genug discrétonäre Gewalten eingeräumt; es haben eigentlich unsere Bischöfe schon sehr wenig, und der Cultusminister mit seinen Ministerialdirectoren eigentlich alles zu sagen. Dann wollen wir lieber kein Geld, aber die Freiheit behalten. (Beifall im Centrum.) Des Herrn v. Deditz Ausführungen gingen darauf hinaus: wenn ihr das Geld nicht wollt, behalten wir's; und Herr v. Erffa, von dem ich es nicht erwartet hätte, hat ähnlich Laute kundgegeben. Ich würde es beklagen, wenn eine solche Anschauung uns sich griffe. Es würde mir beweisen, dass man sich in unserem Lande über das Eigenthum cavalieremente hinwegsetzt. Das kann man in Hoppgegarten sehr leicht thun, nicht aber hier. (Heiterkeit.) Ich denke, die Herren werden sich noch bedenken. Ich habe es für nothwendig gehalten, zu sagen, dass diese Drohung auf uns keinen Eindruck macht. Wir hungern, ehe wir ein Princip des Rechts aufzubauen. (Beifall im Centrum.) Schließlich habe ich die Überzeugung, wenn Sie uns in dieser Sache nicht gerecht werden, so wird dieses Sperrgelb ein Pfahl in Ihrem Fleische werden. Wir werden auch nicht anstreben, unsere Ansprüche begründet an den Stufen des Thrones niederzulegen, und ich habe die Meinung, dass die Könige von Preußen ein viel tiefes Rechtsgefühl haben, als es heute zu Tage getreten ist. (Beifall im Centrum.)

Minister v. Goßler: Mit dem Vorredner bin ich darin einverstanden, dass dieses Gesetz einen weiteren Schritt zur Verböhnung thun soll; ich versage es mir aber, auf einen großen Theil der Ausführungen des anderen Redners aus seiner Fraction einzugehen, welcher den Muß gehabt hat, die Regierung des Bruches des siebenten Gebotes zu beschuldigen und ihr zu impfieren, die Verbreitung der Sozialdemokratie zu fördern. Ich erkenne den Muß dieses Urtheils an, habe aber keine Veranlassung, auf das Mahlloch dieser Beleidigung einzugehen. (Beifall rechts.) Hr. Windhorst geht von der falschen Theorie aus, die wohl die meisten Mitglieder des Hauses, namentlich die Juristen, welche sich mit staatsrechtlichen Fragen beschäftigen, nicht anerkennen werden, dass die Persönlichkeiten, welche aus den Staatskapiteln 115 und 116 Zuwendungen erhalten, darauf einen Rechtsanspruch wie auf ein klagbares, rechtmäßiges Eigenthum hätten, und folgernt nun, dass der Staat 1875 dieses Eigenthum beschlagnahm hätte und nunmehr an den Bischöfen zurückzugeben müsse. Wir haben es aber nach dem Gesetz von 1875 nicht mit einer Beschlagnahme von Eigenthum, sondern mit einer Einführung von öffentlichen rechtmäßigen Leistungen des Staates zu thun, die nur unter gewissen Voraussetzungen gewährt werden. Nachdem jetzt wieder Friedliche Zustände eingetreten sind, können die Staatsleistungen wieder aufgenommen werden, aber von einer Zurückzahlung des angestammten Gelbes kann keine Rede sein. Die Regierung hat keinen Fonds, sondern steht einem Conto gegenüber, sie hat die eingesetzten Staatsleistungen nicht massirt, auch nicht zinsbar angelegt, sondern einfach zu den Beständen der Generalstaatskasse übergeführt. Die Regierung kann der Landesvertretung nur solche Verwendung vorstellen, welche vom rechtlichen, thatsächlichen und politischen Standpunkt aus möglich ist. Die Bischöfe haben allerdings in ihrer Fuldaer Versammlung verlangt, dass ihnen die eingesetzten Leistungen in natura zurückzugeben würden. Solche Anträge sind ja erklärlich, aber die Rückgabe an die früheren Empfangsberechtigten ist unmöglich. Nur ein Bischof ist noch in seiner Stelle, ein anderer ist in einem höheren Amt, mehrere leben außerhalb Preußens, mehrere sind gestorben, die Domkapitel sind auch verändert, und in den Seminarien hat auch ein solcher Wechsel der Personen stattgefunden, dass die Nachforschung nach dem Empfangsberechtigten eine vergebliche wäre. Es ist ein Irrthum, dass die Empfangsberechtigten und die Geschädigten dieselben sind. Wenn auch nicht allen Geistlichen, so sind doch vielen von ihren Gemeinden Entschädigungen gegeben worden. Die Gemeinden sind also eigentlich die Geschädigten. (Widerspruch im Centrum.) Eine Restitution an andere Persönlichkeiten, welche außerhalb dieses Hauses ertönen, so irren Sie sich. Die Regierung ist mit dieser Vorlage an die überhaupt mögliche Grenze gegangen, welche noch als Diagonale zur Roth festgehalten werden kann. (Unruhe im Centrum.) Ueber die Verwendung haben wir aus bestimmten katholischen Kreisen seit Jahren minderlich wie schriftlich eine Fülle von Anträgen erhalten. Es hat auch nicht an Anträgen gefehlt, die Summe zu Gunsten der evangelischen Kirche zu verwenden, oder mindestens zu Gunsten der Schule. Die zahlreichen Gesektwürfe, die ich früher aufgestellt habe, enthielten von einer discretionären Befreiung des Ministers nichts. Nur dem Wunsch der katholischen Kreise ist es zuwiderrichtet, dass dieser Entwurf eine solche Gestaltung bekommen hat. (Auf im Centrum; Wer sind die katholischen Kreise? Namen nennen!) Mein Herr, diese Sachen sind Geheimnis der Regierung! Von einer Discretion in der hier geschuldeten Weise kann nicht die Rede sein. Mindest das Haus die Vorlage so an, so werde ich mit den Bischöfen zu einer Vereinbarung sehr leicht kommen können. Wollen Sie die Verwendungsweghe in der Commission festlegen, so wird die Regierung gern entgegenkommen. Was die Discretion betrifft, so müssen ja die Renten,

da es sich um Staatsgelder handelt, im Staat zur Erscheinung kommen, und zwar in den Kapiteln 115 (katholische Bischöfe) und 116 (katholische Geistliche und Kirchen). Die Einstellung bei den einzelnen Titeln kann verschieden sein. Wünscht ein Bischof die Rente in seiner Verwaltung zu haben, so würde sie der Summe für den bischöflichen Stuhl zugestellt werden, ebenso auch, wenn sie für die Gehälter der Capitulare und Vicare benutzt werden sollte, in die betreffenden Positionen. Aus den Erläuterungen des Staats erscheinen Sie ja immer, wie die Gelder verwendet werden. Ueber eine kurze Frist bezüglich der Verwendung der Gelder könnte ich mich mit den Bischöfen nicht einigen; ich habe den dringenden Wunsch, dass diese Vereinbarung auf lange Dauer getroffen wird. Ich sehe aber keine Schwierigkeit, welche nicht überwunden werden könnte. Wollen Sie noch weitere Tautelen, so werden Sie zu finden sein. Herr Windhorst verlangt eine genaue Nachweisung der eingesetzten Leistungen. Das kann ja gemacht werden, aber bis zum Schluss der Legislaturperiode dürfte die Arbeit nicht fertiggestellt werden. Als ich Minister wurde, lag mir daran, den Fonds nicht allzu sehr anzuwenden zu lassen. Ich habe mehrfach Rückzahlungen erfolgen lassen und bin dabei den kirchlichen Behörden möglichst weit entgegengekommen. Daher ist der Fonds in einem Jahre sogar geringer gewesen als in dem vorhergehenden. Durch unsere Finanzbehörde, die Ober-Rechnungskammer und die Gewissenhaftigkeit unserer Beamten ist ja bezüglich der Verwaltung des Fonds genügende Gewähr geleistet. Auf seine Frage bezüglich der Stellung der kirchlichen Obrigkeit zu diesem Gesetz kann ich dem Abg. Windhorst mit voller Zustimmung des Staatsministeriums erwidern, dass nach unseren gewissenhaften Ermittelungen die Vorlage vom kirchlichen Standpunkt tolerirbar ist. Auf welchem Wege wir zu dieser Erkenntniß gekommen sind, darüber lehne ich eine nähere Mitteilung ab. (Hört, hört im Centrum.) Die Regierung handelt aber optimale fide mit dieser Erklärung. Ich stelle dem Abg. Windhorst anheim, ob er sich damit befriedigt erklären will. Er wird ja die Wege kennen, auf welchen er Ermittlungen darüber veranstalten kann. Sollten noch Misverständnisse zu beseitigen sein, so bin ich in der Commissionssitzung dazu bereit. Darüber habe ich wohl keinen Zweifel gelassen, dass die Absicht der Regierung nicht ist, 560 000 Mk. los zu werden, sondern durch Verwendung dieser Summe zu Gunsten der katholischen Kirche das Maß von Verhüting zu erreichen, welches erreicht werden kann. Sonst legt die Regierung auf die Zahlung der 560 000 Mk. keinen Wert. (Heiterkeit.) Fassen Sie hieran Ihre Entschließungen. Vielleicht können wir in der Commission noch einen Weg finden, auf dem wir zusammenkommen; das sollte mich freuen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Graf Limburg-Stein (cons.): bestreitet, dass die katholische Kirche einen Rechtsanspruch auf Auszahlung der gesperrten Gelder habe. Daß die discrétonäre Gewalt, welche das Gesetz dem Minister einräumt, zur Korruption führe, sei bei diesem Minister nicht zu befürchten. Die Herren vom Centrum würden schwerlich einen Minister finden, der ihnen so günstig ist. Wenn das Centrum das Gesetz nicht acceptiren wolle, möge man es einfach ruhen lassen.

Abg. v. Cyners (nat-lib.): Auch wir sind der Ansicht, dass ein Rechtsanspruch auf Rückzahlung der Fonds nicht besteht. Die Bemerkung des Hrn. Windhorst, dass wir für das Gesetz stimmen, für die Sozialdemokratie ist, ist eine Wendung, die er immer braucht, wenn ihm ein Gesetz nicht gefällt. Wenn das Centrum das Gesetz nicht annimmt, haben wir kein Interesse, für dasselbe zu stimmen. Hr. Windhorst wird sich aber wohl noch besinnen und selbst für die Sozialdemokratie stimmen. Hat er doch selbst in Solingen die Wahl eines Sozialdemokraten besiegelt. Die katholische Kirche hat einen guten Magen und wird auch diese 16 Millionen vertragen. (Lärm im Centrum.) Wenn die Herren vom Centrum das Gesetz nicht wollen, werden wir doch mit den 16 Mill. aufzuräumen und können das Gesetz vielleicht aus dem Anfang des § 1 bestehen lassen, wonach die eingestellten Summen einsch in die Staatsfonds vereinahmt werden. Das Centrum wird für das Gesetz stimmen, und Hr. Windhorst wird schon den Übergang dazu finden. Die Herren haben die Bemerkung, dass eine Beunruhigung in der evangelischen Kirche herrscht, mit höhnischem Lachen begrüßt. (Heiterkeit im Centrum.) Diese Unterbrechungen kommen immer von einem Theile des Centrums, welcher unter dem Commando des Abg. Fuchs steht. (Gelächter im Centrum.) Diese Beunruhigung ist vorhanden und deshalb wird Hand in Hand mit dieser Vorlage eine Dotierung der evangelischen Kirche gehen müssen; denn wir betrachten diese 16 Mill. als eine neue Dotierung der katholischen Kirche. (Beifall im Centrum.)

(Schluss in der Beilage.)

Deutschland.

* Berlin, 30. April. Der Leiter des Touristenvereins in Bergen, Thorwald Beyer, welcher Kaiser Wilhelm auf dessen vorjähriger Reise in Norwegen als Führer diente, hat vom Hofmarschallamt in Berlin die Anfrage erhalten, ob er auch in diesem Jahre den Kaiser in gleicher Eigenschaft in Norwegen begleiten wolle.

Der Kaiser hat laut „Reichsanzeiger“ zu bestimmen geruht, dass bei seinem Besuch von Galerien, Museen, Ausstellungen und dergleichen diejenigen Herren vom Civil, welche zum Empfang befohlen sind, im Ueberrock zu erscheinen haben.

Für die Kaiserin und die Kaiserl. Prinzen sind, der „Stett. Ztg.“ zufolge, auf die Zeit vom 15. Juni bis 1. August in Göhnik auf Rügen drei Villen gemietet worden.

■ [Schulantrag Rickert.] Nachdem in der Commission zur Beratung des Antrags Rickert betreffend die gesetzliche Regelung des Beginns und Endes der Schulpflicht Ministerialdirector Dr. Bügler die Erklärung abgegeben hatte, dass ein Gesektwürfe über Bestrafung der Schulversäumnisse, mit dem eine Bestimmung über die Schulzeit verbunden sein müsse, fertiggestellt sei und vielleicht noch in dieser Session vorgelegt werden würde, wurde der Antrag gestellt, die Beratung des Antrags Rickert im Plenum auszusetzen. Dieser Antrag wurde aber im Einverständnis mit dem Regierungsvorsteher abgelehnt, da es doch sehr zweifelhaft sei, ob die Regierung noch in dieser Session eine Vorlage machen werde. Die bestimmte Ankündigung der Vorlage war also voreilig.

* [Die Steuerreformvorlage] wird, wie nach der „Nat.-Lib. Corr.“ bestimmt verlaufen, bis zum Herbst soweit gefordert sein, dass sie im Landtag eingebracht werden kann, welcher zu diesem Zweck bereits im November wieder einberufen werden dürfte.

AC. [Reise des Fürsten Bismarck nach Schottland.] Der Londoner Berichterstatter des „Leeds Mercury“ erfährt, dass Graf Herbert Bismarck England im Laufe des nächsten Monats besuchen wird und der Fürst seinem Sohne wahrscheinlich im Laufe des Sommers folgen werde. Fürst Bismarck hat während der letzten 25 Jahre wenig gereist und will, wie es heißt, einige Wochen in den schottischen Hochländern verbringen.

* [Bintgraff.] In der am nächsten Sonnabend stattfindenden Monatssitzung der Berliner Gesellschaft für Erdkunde wird Herr Dr. Bintgraff über seine Reisen in Westafrika und insbesondere über seine Expedition von Kamerun nach dem Venus Bericht erstatten.

* [Päpstliches Preiss.] Wie die Köln. Volkszeitung meldet, ist bei dem Erzbischof von Adm

ein Breve des Papstes vom 20. April eingetroffen, in welchem dem Erzbischof und allen Bischöfen Deutschlands die fortgesetzte Gorge für das Wohl der arbeitenden Klassen und für die Missionierung der Eingeborenen deutscher Schutzbiete in Afrika dringend ans Herz gelegt wird.

* [In Sachen Stöcker-Wittel] stand, wie die „Frei. Ztg.“ meldet, vor einigen Tagen der für Beleidigungsklagen vorgeschriebene Sühnemittwoch vor dem Schiedsmann statt. Die beiden streitenden Pastoren waren erschienen. Herr Stöcker lehnte es ab, vor dem Schiedsmann zu verhandeln, weil derselbe jüdischer Confession ist und setzte dasselbe auch bei seinem Amtsbruder voraus. Pastor Witte aber erklärte, dass er dem biblischen Wort gehorrend unterthan sei der Obrigkeit, denn es sei keine Obrigkeit ohne von Gott. Herr Stöcker entfernte sich darauf, und es wurde demgemäß ein Protokoll aufgenommen.

* Der Abg. Windhorst hat nach einem römischen Telegramm der „Voss. Zeitung“ vom Papste den Christusorden erhalten.

* [Über Abänderungen in der Uniformierung der Infanterie], welche derzeit an maßgebender Stelle erwogen werden sollen, gehen der „L. R.“ nachfolgende Mitteilungen zu: Am Waffensrock erscheint der Stehkragen lösig und der Schnitt zu eng; es ist ein weicher Alapptkragen aus Leder mit weitem Hinterschirm, der beim Schießen im Liegen nicht hindert. Hinsichtlich der Fußbekleidung gelten die „langshüftigen“ Stiefel der Infanterie als sehr unpraktisch. Weit mehr empfehlen sich sehr hohe Schnürtiefe. Die Farbe der Bekleidung angehend, hat dunkelgrau die meiste Fürtprache. Ferner ist vorgeschlagen, die leuchtenden Beschlüsse und Knöpfe an der Uniform zu entfernen. Die neue Tragweise des Späcas hat sich dagegen durchaus bewährt.

Dresden, 29. April. Der König und die Königin sind heute Vormittag von der Römer wieder eingetroffen und von den Prinzen und Prinzessinnen sowie dem Ministerium und den Spiken des Behörden am Bahnhofe begrüßt worden.

Wiesbaden, 29. April. Die Kaiserin Friederike traf heute Mittag 1 Uhr hier ein, machte der Kaiserin

Van Houten's Cacao

Bester — Im Gebrauch billigster.

$\frac{1}{2}$ Kg. genügt für 100 Tassen
feinster Chocolade.
Ueberall vorrätig.

Die Westpreussische
Landschaftliche Darlehnss-Kasse
zu Danzig, Hundegasse 106/107.

zahlt für Baar-Depositen
auf Conto A. 2 proz. Zinsen jährlich frei von allen
Spesen,
belebt gute Effecten,
befiegt den Ankauf oder Verkauf aller in Berlin notirten
Effecten für die Provision von 15 pf. pro 100 Mark
(worin die Kosten für Courtage &c. enthalten sind) und
Erstattung der Börsesteuer,
lässt fällige Coupons ihren Kunden ohne Abzug ein,
berechnet pro Jahr für Aufbewahrung von offen depo-
nierten Wertpapieren 30 pf. pro 1000 Mk., für Wertp-
apiete 5 bis 15 Mk., je nach Größe.
Weitere Auskunft und gedruckte Bedingungen stehen zur
Verfügung. (2379)

Neue Synagoge.

Gottesdienst.

Freitag, 2. Mai. Abends 7 Uhr.

Sonntags, 3. Mai. Vormittags

9 Uhr. Predigt 10 Uhr. (4057)

Die glückliche Geburt einer
Tochter reizt hoherfreut an
Danzig, den 1. Mai 1890.

Dr. G. Raabe und Frau,

4070 geb. Schwerdfeger.

Durch die Geburt eines Sohnes

wurden heute erfreut

Schwerdfeger, 29. April 1890

Ferdinand Huber und Frau,

geb. Helm. (4084)

Heute Nachmittag 3 Uhr ent-
schied nach langem schweren

Leiden unter geliebter Gatte und

Bruder

Richard Gottel

im 67. Lebensjahr. Dieses reigen
tiefsinnig an.

Harriet Gottel geb. Luce,

Maria und Anna Gottel,

Dresden, den 28. April 1890.

4050 Lindenaustrasse 12.

Die Beerdigung des Bäckermeister

J. M. Müller, findet Sonnabend,

den 3. d. Mts., Nachm. 4 Uhr.

vom Leichenhalle des alten

St. Leichnam-Archivs dort

sieht statt. (4052)

Concursöffnung.

Über das Vermögen der

Handelsgesellschaft der Kaufleute

Julius Brumm und Marcus

Brumm (Brohm) in Firma Ge-

brüder Brumm in Danzig Lang-

gasse Nr. 28 mit einer zweig-
teile Überlassung in Altona ist am

29. April 1890. Vormittags 8 Uhr

der Concurs eröffnet.

Concursverwaltung aufzunehmen

Richard Schirmacher von hier.

Hundegasse Nr. 70.

Offener Aukt. mit Angebotslist

bis zum 2. Juni 1890.

Anmeldebrief bis zum 23. Juni

1890.

Erste Gläubigerversammlung

am 12. Mai 1890. Vormittags

11 Uhr. Zimmer Nr. 42.

Wiederholungszeit am 7. Juli 1890

Vormittags 11 Uhr dagehest.

Danzig, den 29. April 1890.

Griegerowski,

Gerichtsschreiber des Königl.

Amtsgericht XI.

Behanntschriftung.

Bei der diesjährigen Aus-

lösung der überprozentigen An-

leihecheine des Kreises Carthaus

und folgende Stücke gegeben

worden:

Buchstabe A. Nr. 26, 27, 57,

Buchstabe B. Nr. 29, 31, 33, 93

Buchstabe C. Nr. 2, 53, 55, 202,

Buchstabe D. Nr. 11, 33.

Die Inhaber dieser Scheine

werden aufgefordert, den No-

minalbetrag beihest vom 1. Juli

1890 gegen Einlieferung der

Anleihecheine, der

Angebotungen und der nach dem

1. Juli 1890 fälligen Abschnei-

de von der höchsten Kreis-Kommunali-

tasche oder der Kür- und Neu-

märkische Ritter-schaftlichen Dar-

lehnshofe zu Berlin, dem Bank-

haus Baum u. Liepmann in

Danzig und dem Bankhaus G.

A. Gämmer Nachfolger in Königs-

berg in Empfang zu nehmen.

Für schließende Abschneide wird

der Betrag dem Kapital in

Abzug gebracht werden.

Aus früheren Ausloosungen

sind die Anteilecheine A. 34,

C. 29, 30, 97 und D. 74 noch

rückständig. (1798)

Carthaus, 21. Dezember 1889.

Der Kreisausfluss des Kreises

Carthaus.



Dampfer Montw

labet da Sonnabend in der Stadt
und Neufahrwasser Güter nach
Schwab, Culm, Bromberg,
Montw, Thorn. Ankunft der
Waaren in Thorn Dienstag Nach-
mittag. Güteranmelbungserhebung
Ferd. Krahn. (4066)

General-Versammlung
des Vorschutz-Vereins
zu Danzig.

Eingetragene Genossenschaft
mit unbeschränkter Haftpflicht,
Mittwoch, den 7. Mai cr.

Abends 7½ Uhr.

unteren Gaed. Gewerbehaus.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht, 1. Quart. 1890.
2. Geschäftliche Mitteilungen.

Danzig, den 29. April 1890.

Der Vorsitzende,

B. Krug. (4071)

Unterricht in Handarbeiten
jeder Art, sow. in der Wä-
chec-
Confection u. Maschinen nähen
ertheilt. O. Schelm, gepr. hand-
arbeitslehrer Fraueng. 23.

Die Erneuerung der Loosse
zur 2. Klasse 182. Königl.
preuß. Lotterie hat bei Ver-
lust des Anrechts bis zum

2. Mai a. c. Abends 6 Uhr,

planmäßig zu erfolgen. (4056)

G. Brinkman,

Königl. Lotterie-Einnnehmer.

Original-Loose und Anteil-
scheine der Galoshen-
lotterie, III. Klasse,ziehung

12. Mai cr. zu verschiedenen

Breisen.

Marienburger Geld-Lotterie,

Hauptgewinn: M. 90 000. Loosse

a. M. 3.

Loose der Königsberger Pferde-
Lotterie, a. M. 3.

Loose der Stettiner Pferde-
Lotterie, a. M. 1 bei Th. Bertling, Gerbergasse 2.

Hansa.

Tarif für die Stadt:

Verschlossene Briefe 2 ½.

Briefkarten 1 ½.

Drucksachen 1 ½.

Tarif für die Vorstädte:

Kneipab., Strohdeich, Altschott-

land, Stadtgebiet, Schillid und

dessen Nebenorten. (4088)

Verschlossene Briefe 4 ½.

Briefkarten 3 ½.

Drucksachen 2 ½.

Rehe

ganz und zerlegt,

Hamburg. Hühnchen,

frische Hühnchen,

Kernfette Puten,

täglich frischen

Rhein. Stangenporgel,

frische Salat-Gurken,

frische Morseln.

Div. Sorten neuer

Malta-Kartoffeln

(wie Schneeflocken, runde u.

längliche &c.).

Delic. Matjes-Heringe,

Neuen Ia. silbergrauen, groß-

körnigen

Astrachan-Caviar,

Neuen mildgesalzenen

Weichsel - Caviar,

täglich frischen

Gilberlachs,

sowie sämtliche saisonmäßige

See-, Fluss- u. Binnen-

see-Fische

empfiehlt in bester, tadel-

loser Qualität (4087)

A. Fast.

Elegante

Neuheiten in Regen- u. Sonnenschirmen

prämiert in Berlin, Wien, Philadelphia,

in bekannt grösster Auswahl und solidester Ausführung werden in diesem Jahre zu ganz besondern billigen Preisen abgegeben.

Reparaturen und Verzüge sauber, schnell und billig.

Schirmfabrik. A. Walter, vorm. Alex Sachs. Schirmfabrik. Matzkauschegasse.

(4088)

Seebad und Kurort Westerplatte.

Möblierte Wohnungen mit und ohne Küche und einzelne

Zimmer sind preiswert zu vermieten. Meldungen beim Inspector Groß-Westerplatte oder bei der unterzeichneten Gesellschaft.

„Weichsel“ Danziger

Beilage zu Nr. 18267 der Danziger Zeitung.

Donnerstag, 1. Mai 1890.

Abgeordnetenhaus.

(Schluß.)

Abg. Reichensperger (Contr.): Man vergibt bei der Polemik gegen die katholische Kirche immer, daß dieselbe in den Staat nicht aufgenommen worden ist als eine Bettlerin, sondern reich ausgestattet mit weltlichen Gütern. Am allerungeheuerlichsten aber ist die Rechtsauffassung, daß, wenn wir mit der Vorlage nicht zufrieden sind, dieselbe dann einfach verschwinden soll. Das wäre ebenso, wie wenn man den Sack aufstelle, wenn ein Schuldner seinem Gläubiger Rückgabe der Schuld Bedingungen stellt, die dieser nicht annehmen kann, dann der Schuldner garnichts mehr zu zahlen hat. Die Vorlage wird von der katholischen Bevölkerung nur mit peinlichen Empfindungen aufgenommen. Wenn der Herr Minister andeutete, daß der heilige Stuhl der Vorlage zustimmt, so wäre er verpflichtet, uns diese Antwort vorzulegen, damit wir rechtlich in die Möglichkeit gesetzt wären, trotz politischer Bedenken der Vorlage zuzustimmen. Nach meiner Überzeugung aber liegt eine solche zustimmende Erklärung des Vaticans nicht vor. Es ist zweifellos, daß eine rechtliche Verpflichtung des Staates für das, was wir verlangen, vorliegt. Es handelt sich um Eigentum der katholischen Kirche. Eigentum aber ist nach eidiich erhärtem Recht der Verfassung unvergleichlich. Das sollten alle principiellen Vertheidiger des Eigentums, also der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung wohl bedenken. (Gehr wahr! im Centrum.) Die Regierung sollte hochherzig genug sein, diese ganze Zeit des Culturkampfes in Vergessenheit zu bringen, und nicht versuchen, sich zum Herrn und Meister des zu Unrecht confiszierten Kapitals zu machen. Wird diese Vorlage Gesetz, dann sage ich für die Zukunft des Staates; für die Zukunft der katholischen Kirche sage ich nicht, denn diese steht in Gottes Hand. (Lebh. Beifall im Centrum.)

Abg. Richter: Die Vorlage, wie sie ist, ist für uns unannehmbar, und zwar lediglich wegen § 3. Allerdings gibt die Erklärung des Ministers mir die Hoffnung, daß es in der Commission, wo ja noch eine Menge von Unklarheiten zu erledigen sein werden, gelingen wird, über diesen Stein des Anstoßes hinwegzukommen. Auch wir betrachten diese Vorlage als eine nothwendige, wenn man zum Frieden und zur Versöhnung kommen will, ich will daher auch wie die anderen Redner mit der Ver sicherung anfangen, daß ich nichts vorbringen will, was andere verleben könnten, und ich hoffe, es wird mir besser gelingen wie einigen Vorrednern. Wir werden unser Votum nicht abhängig machen von dem Votum einer anderen Partei, auch nicht dem des Centrums. Ich habe bedauert, daß auch der Cultusminister diesen Standpunkt der Reciprocität hier verkündet hat. Dieser Standpunkt ist für den Gesetzgeber nicht der zweckmäßige und corrente. Er führt auf eine abschüssige Bahn. Der Gesetzgeber soll auf einem hohen unparteiischen Standpunkt stehen. Ich glaube auch, den Nationalliberalen und der Regierung ist es nicht Ernst damit, ihre Stellung zu diesem Geschehen lediglich von der Stellung der Centrumspartei abhängig machen zu wollen. Das wäre nicht der Weg, der zum Frieden führt. Wir werden für die Vorlage stimmen, wenn es uns fachlich möglich ist, ganz ohne

Rücksicht auf das Centrum. Ferner lehnen wir es ab, bei dieser Gelegenheit die Frage der protestantischen Kirche und insbesondere ihre Doctrin hineinzuziehen. Das ist eine absolut andere Sache (Lebhafte Beifall) und garnicht in Zusammenhang mit dieser zu bringen. Die Behauptung von einer lebhaften Beunruhigung und Sorge der protestanten über dieses Gesetz ist zum mindesten übertrieben, wir haben wenig davon gemerkt. Dieses Gesetz ist eine natürliche und nothwendige Consequenz der Vergangenheit und steht garnicht im Zusammenhang mit der Frage der Schulgebühren, die wir losgelöst davon objektiv nach Maßgabe des § 54 des Gesetzes erledigen wollen. Ueber die Natur und Entstehungsgeschichte des Fonds will ich nicht sprechen, weil ich keine Wunde aufreihen will. Ich lasse die Frage der Confiscation, des privatrechtlichen aber staatsrechtlichen Anspruchs ganz bei Seite. Es ist auch garnicht nötig, sie zu erörtern, denn in der Haupfsache sind alle Parteien mit der Regierung einig, alle wollen eine Beseitigung und Verwendung dieses Fonds zu Gunsten der katholischen Kirche. Es handelt sich jetzt lediglich um die Form der Ausführung. Hr. Windhorst verlangt mit vollem Rechte vom Standpunkte des Volksvertreters aus eine genaue Rechnungslegung, und der Minister darf sich nicht auf die bewährte Gewissenhaftigkeit unserer Finanzverwaltung berufen, denn dann dürften wir überhaupt keine Rechnung verlangen. Die Budget-Angelegenheiten sind nun einmal so geregelt, daß sie prinzipiell auf einem gewissen Mißtrauen beruhen, nicht gegen Personen, sondern sachlich. Die Regierung ist verpflichtet, uns eine solche Rechnungslegung zu geben. Die ganze Differenz in Bezug auf die Haupfsache besteht nun darin, ob das Kapital oder seine Binsen zu Gunsten der katholischen Kirche in Zukunft verwendet werden sollen. Da muß ich offen gestehen: bei allem Nachdenken bin ich nicht dahinter gekommen, wie diese Frage einen principiellen und tiefgehenden Streitpunkt zu erregen geeignet ist. Mir wäre es das allerliebst, wenn das Kapital zu bestimmten Zwecken ausgehändigt würde, wenn wir garnichts mehr mit der ganzen Sache zu thun hätten (Lebhafte Beifall im Centrum), aber diese Frage ist doch nicht entscheidend. Es ist doch völlig dasselbe, ob man das Kapital oder die Binsen von dem sicher und gut verwalteten Kapital zu Gunsten der katholischen Kirche verwendet. Die zweite Frage ist, ob an die Diöcesen oder an die Gemeinden die Gelder gegeben werden sollen. Zu meiner Freude hat das der Cultusminister heute offen gelassen; er schien der zweiten Lösung zugänglich zu sein. Der Hauptanstoß ist § 3.; und da kann sich die Regierung nicht wundern, daß bei der Knappheit der Motive in jedem Theile des Hauses über die Tragweite dieses Paragraphen eine andere Auffassung herrscht. Ueber die Art der Vereinbarung zwischen dem Cultusminister und den kirchlichen Oberen sind wir vollkommen im Dunkeln gelassen. Soll sie einmal stattfinden, oder jährlich, oder von Zeit zu Zeit? Was geschieht, wenn man sich nicht einigen kann? Wird dann das Geld vom Staat wieder zurück behalten? Alles ist unklar. Nun sagt der Cultusminister, es ist gemeint eine Vereinbarung von Zeit zu Zeit, und dann soll die Summe den Summen im Etatztitel beigesetzt werden. Wenn die Sache so gedacht ist, so frage ich, weshalb kann

nicht schon jetzt eine definitive Vereinbarung für alle Seiten stattfinden, an der auch alle Factoren der Gesetzgebung mitwirken. Hr. v. Eynern hat dagegen protestiert, daß die Landesgesetzgebung überhaupt mit dieser Frage befaßt wird. Sie ist aber damit überhaupt schon besetzt auf Grund des Gesetzes von 1875. Eine solche einmalige, für alle Seiten geltende Vereinbarung wäre in der That das allerbeste. Das ist um so wünschenswerther, als wir über die Stellung der kirchlichen Oberen heute absolut im Unklaren sind. Denn während der Minister sagte, nach gewissenhafter Ermittlung der Regierung ist die Vorlage vom kirchlichen Standpunkt aus tolerirbar — was ich nur so verstehen kann, daß sie von der Curie tolerirt würde —, hat dem Abg. Windhorst widersprochen. Wir kommen so aus der Sache nicht heraus, in der Commission werden wir Erklärungen darüber bekommen müssen. Meine Freunde und ich sind bereit, mitzuwirken bei einer definitiven Regelung, die ein discretionäres Ermessen des Ministers für die Zukunft ausschließt (Lebhafte Beifall), die den Weg zu zukünftigem Streit unbedingt verschließt und die der katholischen Kirche die Beruhigung giebt, daß die Fonds dauernd zu ihren Gunsten verwendet werden würden. Eine solche Lösung führt zur Versöhnung und zum Frieden. Wir hoffen, daß sie in der Commission herbeigeführt wird. Dazu werden wir gern und freudig zustimmen. (Lebhafte Beifall links und im Centrum.)

Abg. Windhorst: Hr. v. Eynern hat wieder einmal behauptet, daß ich auf die Wahl eines Socialdemokraten eingewirkt hätte. Das ist eine bewußte Unwahrheit. (Präsident v. Kölle erklärt diesen Ausdruck für unparlamentarisch.) Das Comité in Köln hatte entschieden, daß die Centrumsstimmen nicht einem Katholiken gegeben werden sollten, der sich weigert, dem Centrum beizutreten. Die Centrumsleute haben für Reichensperger gestimmt, die Nationalliberalen haben das verweigert und sind so die indirekten Urheber der socialdemokratischen Wahl geworden. Sie bringen das immer wieder vor, um mir etwas anzuhängen. (Zuruf des Abg. v. Eynern: Wird noch mehr geschehen! Zuruf aus dem Centrum: Frecher Dachs! Rufe: Zur Ordnung!) Bezuglich der Stellung der Kirche zur Vorlage muß ich den Minister auffordern, uns die Berichte des Hrn. v. Schröder vorzulegen. Wenn der Gesandte in Rom etwas von der Zustimmung der Curie berichtet hat, so hat er nach meiner Information Falsches berichtet. Durch solche Behauptungen will er uns und andere Parteien bestimmen, für das Gesetz einzutreten. Solche Geheimnisse bewahrt man oder legt sie offen dar. Ich weiß nicht, welches die katholischen Kreise sind, welche diese Vorlage billigen. Die Sache, sagt der Minister, ist Geheimnis der Regierung. Das ist eine neue Methode der Vertheidigung, immer neue Geheimnisse zu konstruiren. Ich leugne, daß in den in Betracht kommenden Kreisen eine Billigung der Vorlage erfolgt ist.

Damit schließt die Debatte.

Abg. v. Eynern (persönlich): Gegenüber einem vorhin gefallenen Zwischenruf will ich feststellen, daß ich gegen persönliche Beschimpfungen gefeit bin. Jeder führt die Discussion nach dem Grade seiner Bildung, und wenn der betreffende Herr einen Ausdruck von der Strafe wählt, so muß ich ihm das überlassen. Hr. Windhorst hat mir bewußte Unwahrheit vorgeworfen;

er war heute nicht in guter Stimmung, weil er sich etwas festgeritten hat. Bezuglich der Wahl in Solingen bleibe ich dabei, daß der Abg. Windhorst die Wahl eines Socialdemokraten indirect befördert habe.

Abg. Windhorst: Die Frage bezüglich der Solinger Wahl war schon entschieden, als ich davon Kenntniß erhielt; ich habe die Entscheidung nachträglich gebilligt. Die Vorlage wird darauf einer Commission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Nächste Sitzung: Sonnabend.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 30. April. Zuckermarkt. Rübenrohrzucker 1. Product, Basis 88 % Rendement, neue Uisce, f. a. Hamburg per April 12,27 1/2, per Mai 12,32 1/2, per August 12,60, per Dezember 12,27 1/2. Getreide.

Hamburg, 30. April. Getreidemarkt. Weizen loco fest, ruhig, holsteinischer loco neuer 180—196. — Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 175—180, russ. loco ruhig, 112—118. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rüböl (unverzölzt) fest, loco 69,00. — Spiritus behält, per April—Mai 22 Br., per Mai—Juni 22 Br., per Juni—Juli 22 1/2 Br., per August—September 23 1/2 Br. — Kaffee ruhig. Umsatz 1500 Sach. — Petroleum fest. Standardwhite loco 6,80 Br., per August—Dezember 7,15 Br. — Wetter: Prachtvoll.

Hamburg, 30. April. Kaffee. Good average Santos per April —, per Mai 85, per September 83 1/4, per Dezember 78. Ruhig.

Havre, 30. April. Kaffee Good average Santos per Mai 109,50, per September 105,25, per Dezember 97,50. Behauptet.

Bremen, 30. April. Petroleum. (Schlußbericht.) Ruhig. Standard white loco 6,80 Br.

Frankfurt a. M., 30. April. Effecten-Societät. (Schluß.) Credit-Aktion 252 1/2, Franzen 184 1/2, Lombarden 102 1/2, Galizier —, Aegypter 96,20, 4% ungar. Goldrente —, Gotthardbahn 162,00, Disconto-Commandit 212,00, Dresden-Bank 141,70, Laurahütte 133,60, Gelsenkirchen 158,70. Still.

Wien, 30. April. (Schluß-Course.) Oester. Papierrente 89,25, do. 5% do. 100,90, do. Gilberrente 89,70, 4% Goldrente 109,60, do. ung. Goldrente 102,40, 5% Papierrente 99,35, 1860er Loos 138,25, Anglo-Aust. 145,10, Länderbank 216,40, Creditat. 294,90, Unionbank 235,25, ungar. Creditat. 332,00, Wiener Bankverein 114,50, Böh. Westbahn 323,50, Böh. Nordb. 208,50, Busch-Eisenbahn 419,00, Zug-Bodenbacher —, Eibenthalbahn 216,75, Nordbahn 2657,50, Franzen 215,00, Galizier 192,00, Lemberg-Tiern. 232,50, Lombarden 120,50, Nordwestbahn 203,50, Barbudisher 170,50, Alp.-Mont.-Act. 94,25, Tabakaktion 111,00, Amsterdamer Wechsel 98,15, Deutsche Blätter 58,05, Londoner Wechsel 118,05, Pariser Wechsel 47,00, Napoleons 9,41, Marknoten 58,02 1/2, Russ. Banknoten 1,31, Gilbercoupons 100, Bulgarische Anleihe 109, Amsterdam, 30. April. Getreidemarkt. Weizen auf Termine fest, per Mai 204, per Novbr. 198. — Roggen loco geschäftslös, auf Termine still, per Mai 140—139, per Oktbr. 128—129. — Rüböl loco 36, per Mai 34 1/4, per Herbst 31 1/2.

Antwerpen, 30. April. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinates, Linpe weiß loco 17 bei. 17 1/2 Br., per Mai 17 Br., per Septbr.—Dezbr. 17 1/2 Br. Still.

Paris, 30. April. (Schlußcourse.) 3% amont. Rente 92,95, 3% Rente 89,05, 4 1/2% Ant. 106,85, 5% italien. Rente 94,62 1/2, österr. Goldrente 93, 4% ung. Goldrente 88,27 1/2, 4% Russen 1880 — 4% Russen 1889 95,10, 4% ungar. Aegypter 487,18, 4% span. doh. Anteile 73 1/2, convert. Türken 18,50, türkische Loos 73,40, 4% priv. türk. Obligationen 501,00, Franzen 463,75, Lombarden 278,75, Lomb. Prioritäten 321,25, Banque ottomane, 559,00, Banque de Paris 787,50, Banque

b'Escompte 520,00, Credit foncier 1328,75, do. mobilier 460,00, Meridional-Act. 688,75, Panamakanal-Act. 56,25, do. 5% Oblig. 47,00, Rio Tinto-Actien 431,25, Suecanal-Actien 2300,00, Wechsel auf deutsche Pläthe 122 $\frac{9}{16}$, Sonderer Wechsel kurz 25,13 $\frac{1}{2}$, Cheques a. London 25,15, Compt. b'Escompte neue 613,75, Robinson 75.

Paris, 30. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.)
 Weizen ruhig, per April 25.10, per Mai 25.00, per
 Mai-August 24.60, per Sept.-Dezbr. 23.60. — Roggen
 ruhig, per April 15.75, per Septbr.-Dezbr. 14.75. —
 Mehl träge, per April 54.90, per Mai 54.00, per Mai-
 August 53.90, per Septbr.-Dezbr. 53.60. — Rüböl ruhig,
 per April 72.50, per Mai 70.75, per Mai-August 70.50,
 per Septbr.-Dezbr. 69.50. — Spiritus ruhig, per
 April 36.00, per Mai 36.50, per Mai-August 37.25, per
 Sept.-Dezbr. 38.00. Wetter: Schön.

London, 30. April. Engl. $2\frac{1}{4}\%$ Consols 97 $\frac{1}{2}\%$ preuß.
 4% Consols 106, ital. 5% Rente 94 $\frac{1}{2}\%$, Lombarden 11 $\frac{1}{2}\%$,
 4% cons. Russen von 1889 (II. Serie) 96 $\frac{1}{2}\%$, conv. Türk. 18 $\frac{1}{2}\%$, österr. Gilberrente 76, österr. Goldrente 93,
 4% ungarische Goldrente 88, 4% Spanier 73 $\frac{1}{2}\%$,
 5% privilegierte Ägypter 104, 4% unif. Ägypter 96 $\frac{1}{2}\%$,
 3% garantirte Ägypter 100 $\frac{3}{4}\%$, 4 $\frac{1}{4}\%$ ägypt. Tributamt,
 97, 6% consol. Mexikaner 96 $\frac{1}{2}\%$, Ottomanbank 12 $\frac{1}{4}\%$,
 Suezactien 91 $\frac{1}{2}\%$, Canada-Pacific 79 $\frac{1}{2}\%$, De Beers-Actien
 neue 17, Rio Tinto 17 $\frac{1}{2}\%$, Rubinen-Actien 8 $\frac{1}{2}\%$ Agto,
 Pfahlscont 17 $\frac{1}{2}\%$.
 London 22 April. An den Güte & Majoriendungen

London, 30. April. An der Küste 8 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Schön.

London, 30. April. Gefreidemarkt. (Schlußbericht.)
Fremde Zuführen seit gestern Montag: Weizen 26 620,
Gerste 3290, Hafer 12 890 Ohrs. — Gänmtliche Getreide-
arten allgemein ruhig, stetig, Mais träge, Hafer sehr
fest, Häuser zögernd.

Liverpool, 30. April. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 10 000 Ballen, davon für Speculation und Export 1500 Ballen. Günstig. Middl. amerikan. Lieferung: per Mai-Juni 6²⁷/₃₂ Räucherpreis, per Juni-Juli 6¹⁹/₃₂ do, per August-Sept. 6¹³/₃₂ Räucherpreis, per Septbr-Octbr.

65/66 Verkäuferpreis, per Oktober-November 5¹⁵/16 d.
Räuferpreis.

Leith, 30. April. Getreidemarkt. Alle Getreidearten
fest, aber nicht lebhaft.

Petersburg, 29. April, Wechsel a. London 89.60,
do. Berlin 44.00, Amsterdam 74.20, do. Paris 35.55,
1/2-Imperials 7.19, russ. Präm.-Anleihe de 1864 (geöffn.)
230, russ. Präm.-Anl. de 1868 (geöffn.) 217 1/4, do.
2. Orientanleihe 100 3/8, do. 3. Orientanleihe 100 5/8, do.
Anleihe von 1884 —, do. 4% innere Anleihe 87, do.
4 1/2% Bodencredit-Pfandbriefe 142 3/4, Große russ. Eisen-
bahnen 225, russ. Südwestbahn-Act. 108 1/4, Petersburger
Disconto-bank 636, Petersburger intern. Handelsbank
507, Petersburger Privat-Handelsbank 310, russ.
Bank für auswärt. Handel 261, Warthauer Disconto-
bank 292, Privatdiscont 5 1/2.

Petersburg, 29. April. Productenmarkt. Talg loco
47,00, per August 43,00. — Weizen loco 10,80. Roggen
loco 7,50. Hafer loco 4,75. Hanf loco 45,00. Leinsaat

loco 13.00. — Wetter: Warm.
 Newyork, 29. April. (Gehluß-Course.) Wechsel auf London (60 Tage) $4.84\frac{1}{2}$, Cable-Transfers $4.87\frac{1}{2}$, Wechsel a. Paris (60 Tage) $5.18\frac{1}{2}$, Wechsel auf Berlin (60 Tage) $95\frac{1}{8}$, 4% fundirte Anleihe 122, Canadian-Pacific-Actionen $77\frac{1}{8}$, Central-Pacific-Actionen $35\frac{1}{4}$, Chic. u. North-Western-Act. $114\frac{1}{2}$, Chic. Mil. u. St. Paul Act. $73\frac{1}{4}$, Illinois-Central-Act. $116\frac{1}{2}$, Lake-Shore-Michigan-Gouth-Act. $110\frac{1}{2}$, Louisville- und Nashville-Actionen 91, Newy. Lake-Erie u. Western-Actionen $27\frac{3}{4}$, Newy. Lake-Erie u. West. second Mort-Bonds $103\frac{1}{2}$, New. Central- u. Hudson-River-Actionen $108\frac{1}{2}$, Northern

— Central u. Union-River-Action 100%, Northern-Pacific-Preferred-Act. 80, Norfolk- u. Western-Preferred-Action 64 $\frac{1}{2}$ %, Philadelphia- und Reading-Action 42 $\frac{1}{2}$ %, St. Louis u. G. Franc.-Pref.-Act. 45 $\frac{1}{2}$ %, Union-Pacific-Action 65 $\frac{1}{2}$ %, Wabash, St. Louis-Pacific-Pref.-Act. 29 $\frac{1}{2}$. — Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 11 $\frac{1}{2}$ /16, do. in New-Orleans 11 $\frac{1}{2}$ %. Raff. Petroleum 70 % Abel Telt in Newyork 7,20 Gd. do. in Philadelphia 7,20 Gd., rohes Petroleum in Newyork 7,30, do. Pipe line Certificates per Mai 84 $\frac{1}{4}$ %. Telt, ruhig. — Samml. loco 6,50, do.

Rohe und Brothers 6.90. — Zucker (Fair refining
Muscovados) 5. — Kaffee (Fair Rio-) 20. Rio

Nr. 7 low ordinarn per Mai 16,45, per Juli 16,27.
Newyork, 28. April. Visible Supply an Weizen
23982 000 Bushels, do. an Mais 14326 000 Bushels.

Newyork, 29. April. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der vereinigten Staaten nach Großbritannien 7000, do. nach Frankreich 14 000, do. nach anderen Häfen des Continents 28 000, do. von Californien und Oregon nach Großbritannien 84 000 Quets., do. nach anderen Häfen des Continents 20 000 Quets.

Newyork, 30. April. Wechsel auf London 4,84½.
Rother Weizen loco 0,98¾, per Mai 0,96⅓, per Juni
0,93⅓, per Dezbr. — Mehl loco 2,75. — Mais
0,41½. — Fracht 13/4. — Zucker 5.

Digitized by srujanika@gmail.com

Productenmärkte.

Stettin, 29. April. Getreidemarkt. Weizen fest, loco 190—193, do. per April—Mai 194,50, do. per Juni—Juli 194,50, do. per Septbr.—Oktbr. 185,00. Roggen fest, loco 160—163, do. per April—Mai 160,50, do. per Juni—Juli 161,50, do. per Sept.—Oktbr. 152,50. — Bomm. Hafes loco 163—167. — Rüböl unveränd., per April—Mai 69,50, per Septbr.—Oktbr. — Spiritus still, loco ohne Fah mit 50 Ml Consumsteuer 53,50 Ml, mit 70 Ml Consumsteuer 33,70 Ml, per April—Mai mit 70 Ml Consumsteuer 33,40, per Septbr.—Oktbr. mit 70 Ml Consumsteuer 34,40. — Petroleum loco 11,75.

Berlin, 29. April. Weizen loco 187—200 M, per April-Mai 197,75—198,50 M, per Mai-Juni 197,50—198,25 M, per Juni-Juli 197,25—198,25 M, per Juli-August 193—193,50 M, per August-September — M, per September-Oktober 187,50—187,25 M — Roggen loco 164—170 M, guter mit. 168 M ab Bahn, per April-Mai 167,50—169,25 M, per Mai-Juni 164,25—166 M, per Juni-Juli 164—165,50 M, per Juli-August 161—162,50 M, per Sept.-Okt. 155,50—156,75 M — Hafer

loco 163—184 M, westpr. 171—174 M, pomm. und
 uckermärker 173—176 M, fein pomm., uckermärker und
 mecklenb. 177—180 M ab B., per April-Mai 166,25
 bis 166,75 M, per Mai-Juni 163,50—164 M, per Juni-
 Juli 163—163,25 M, per Juli-August 152,50—153 M,
 per Sept.-Oktober 145,50—145—145,75—145,50 M —
 Mais loco 110—117 M, per April-Mai 108,50—109 M,
 per Mai-Juni 108,50—109 M, per Juni-Juli 110 M,
 per Juli-August 112,50 M, per Sept.-Okt. 114,50—
 115—115,25—115—115,50 M — Gerste loco 135—210
 M — Kartoffelmehl loco 15,70 M — Trockene Kartoffel-
 stärke loco 15,70 M — Feuchte Kartoffelstärke per
 April 7,70 M — Erbien loco Zulieferware 154—163 M,
 Kochwaare 165—210 M — Weizenmehl Nr. 00 26,00—
 24 M, Nr. 0 23—20 M — Roggenmehl Nr. 0 24,50
 bis 23,50 M, Nr. 0 und 1 23—22 M, M. Marken 24,85
 M, per April 23,10—23,20 M, per April-Mai 23,10—
 23,20 M, per Mai-Juni 22,90—22,95 M, per Juni-Juli
 22,80—22,90 M — Petroleum loco 23,6 M, per Sept.-
 Oktober 24 M — Rüböl loco ohne Fak 70 M, per
 April 71 M, per April-Mai 69,8—69,7—70 M, per
 Mai-Juni 68,5 M, per Juni-Juli 65,9 M, per Sept.-
 Oktober 58,2—57,8—58 M — Spiritus ohne Fak loco
 unversteuert (50 M) 53,9 M, mit Fak loco unversteuert
 (70 M) 34,2 M, per April 33,8—33,9 M, per April-
 Mai 33,8—33,9 M, per Mai-Juni 33,7—33,9—33,8 M,
 per Juni-Juli 33,9—34—33,9 M, per Juli-August 34,5
 M, per August-Sept. 34,8—34,9—34,8 M, per Sept.-
 Okt. 34,8—34,9—34,8 M

Magdeburg, 29. April. Zuckerbericht. Hornucker excl. 92 % 16,80. Hornucker excl. 88 % 15,95. Nachprodukte excl. 75 % Rendement 13,30. Stetig. Brodriffinade I. 28,25. Gem. Raffinade mit Zuk 27,25. Gem. Melis I. mit Zuk 26,00. Ruhig. Rohzucker 1. Product Transit f. a. B. Hamburg per Mai 12,30 bei u. Br., per Juli 12,50 Gd., 12,52½ Br., per August 12,55 Gd., 12,57½ Br. Stetig.

Verantwortlicher Redakteur: A. Klein in Danzig.
Druck und Verlag von A. W. Kastemann in Danzig.

Berliner Fondsbörse vom 29. April.

Deutsche Fonds.		Russ.-Poln. Schatz-Obl.	5
Deutsche Reichs-Anleihe	4	107,20	4
do.	3½	101,50	4
Konsolidirte Anleihe	4	106,30	6
do.	3½	101,60	5
Staats-Schuldscheine	3½	99,80	5
Ostpreuß. Prov.-Oblig.	4	98,00	4
Westpr. Prov.-Oblig.	3½	—	5
Landlich. Centr.-Pfdbr.	4	102,00	5
Ostpreuß. Pfandbriefe	3½	99,00	5
Pommersche Pfdbr.	3½	99,70	5
do.	4	—	—
Posensche neue Pfdbr.	4	101,30	—
do.	3½	98,60	—
Westpreuß. Pfandbriefe	3½	99,00	—
do.	3½	99,00	—
Pomm. Rentenbriefe	4	104,00	—
Posensche do.	4	103,00	4
Preußische do.	4	103,25	4

Hypotheken-Pfandbriefe.			
Dan.	Hypoth.-Pfandbr.	4	—
do.	do.	3½	—
Dtsch. Grundsch.-Pfdbr.	4	—	101,6
Hamb. Hypoth.-Pfdbr.	4	—	101,7
Molinäer Han.-Pfdbr.	4	—	101,5

Lotterie-Anleihen.	
Bad. Prämien-Anl. 1867	4
Baier. Prämien-Anleihe	4
Braunschw. Pr.-Anleihe	—
Goth. Präm. - Pfandbr.	3½
Hamburg. 50 thlr. -Loose	3
Kön.-Mind. Pr.-G.	3½
Lübecker Präm.-Anteile	3½
Desterr. Loose 1854.	4
do. Tred. L. v. 1858	—
do. Loose von 1860	5
do. do. 1864	5
Olbenburger Loose	5
Pr. Präm.-Anleihe 1855	3½
Kaab-Grau 100L. -Loose	4
Ruh. Präm. - Anl. 1864	5
do. do. von 1866	5
Una. Loose	—

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktionen.

		Div. 1889
Aachen-Maastricht	74,25	
Mainz-Ludwigshafen	121,30	4%
Marienb.-Mlansk. St.-A.	66,10	
do. do. St.-Pr.	112,00	
Ostpreuss. Südbahn	95,80	3
do. St.-Pr.	114,60	5
Gaal-Bahn St.-A.	46,00	1/3
do. St.-Pr.	112,30	5
Stargard-Posen	102,75	4%
Weimar-Gera gar.	24,00	
do. St.-Pr.	97,50	

† Zinsen vom Staate gar.	Div.	1889.
Galizier	3	82,50
Gotthardbahn	—	164,60
Königr. Rud.-Bahn	—	87,90
Lüttich-Limburg	—	30,10
Oesterr. Franz.-St.	—	—
† do. Nordwestbahn	—	87,50
† do. Lit. B.	—	97,25
Reichenb.-Pardub.	—	73,00
Russ. Staatsbahnen	—	126,90
Russ. Südwestbahn	—	73,90
Schweiz. Unionb.	—	—
do. Westb.	—	40,30
Südösterr. Lombard	—	51,00
Warschau-Wien	—	195,75

Ausländische Prioritäten.		Hannöversche Ban-
Gotthard-Bahn	5	Königsb. Vereins
Italien. 3% gär. E.-Pr.	3	Lübecker Comm.-
+ Asch.-Dörb. Gold-Pr.	4	Magdbo. Privat-1
+ Kronpr.-Rudolf - Bahn	4	Meininger Hypoth.
+ Destr. Fr. Staatsb.	3	Norddeutsche Hypo
+ Destr. Nordwestbahn do. Elbtalb.	5	Destr. Credit-An
+ Süddestr. B. Lomb.	3	Bomm. Hyp.-Act.
do. 5% Oblig.	5	Bosener Provinz
Ungar. Nordostbahn.	5	Breuz. Boden-Cra
do. do. Gold-Pr.	5	Br. Centr.-Boden
Brest-Grajewo	5	Schafftau. Bank
Charkow-Azow ril.	5	Schlesischer Bank
Kursk-Charkow	4	Gubd. Bod.-Cred
Kursk-Kiem	4	
Mosko-Rjazan	4	
Mosko-Smolensk	5	Damiger Delmühl
Rybinsk-Bologone	5	do. Prioritäts
Rjazan-Koslow	4	Neufeldt-Metallw
Worischau-Terespol	5	Actien der Colon
		Leipziger Feuer-T
		Bauverein Potsdag
		Deutsche Baugesell
		do. Comptibus

strie-Actien.	1889.	Gr. Berl. Verkehrs-Bahn	257,80	12½
rein	134,00	Berlin. Pappe-Fabrik	107,00	—
el.	184,75	Wilhelmshütte	109,50	—
d.-A.	307,75	Oberschles. Eisenb.-B.	93,30	—
	—			
	107,00	Berg- und Hütten-Gesellschaften.		
nk.	138,00	Dortm. Union-Bgb.	—	Div. 1889.
ch.-B.	153,90	Königs- u. Laurahütte	132,20	—
	128,00	Görlitz, Jink.	58,90	2½
	160,00	do.	123,00	7½
DS.	125,20	Ct.-Pr.	—	—
	138,30	Victoria-Hütte	—	—
nk.	112,00			
	210,75			
Bk.	85,75	Wettsel-Cours vom 29. April.		
	189,25	Amsterdam	8 Tg.	2½ 168,90
	75		am	2½ 162,90

Bank	115.60	5	London	8 Ig.	3	20.335
ank.	105.75	6	do.	3 Mon.	3	20.255
ank.	116.60	7	Paris	8 Ig.	3	80.85
ank.	117.25	5 $\frac{2}{3}$	Brüssel	8 Ig.	3	80.85
-B.	104.00	5	do.	2 Mon.	3	80.50
	165.00	12	Wien	8 Ig.	4	172.05
stadt	157.50	10 $\frac{5}{8}$	do.	2 Mon.	4	171.30
Bank	13.10.	—	Petersburg	3 Wch.	5 $\frac{1}{2}$	225.00
Bank	114.30	6	do.	3 Mon.	5 $\frac{1}{2}$	223.25
ff.	120.50	6 $\frac{1}{2}$	Warschau	8 Ig.	5 $\frac{1}{2}$	225.35
Tred.	155.00	10				
verein	109.90	5				
verein	121.50	8				
Bk.	152.90	6 $\frac{1}{2}$				
			Discont der Reichsbank 4 %.			
			Sorten.			
Aci.	140.50	—	Dukaten			—
ären	127.00	—	Gouvernigns			20.295
ersich.	116.80	—	20-Francs-Gt.			16.175
haft.	10003	66 $\frac{2}{3}$	Imperials per 500 Gr.			—
	16000	60	Dollar			4.1715
	86.25	5 $\frac{1}{2}$	Englische Banknoten			20.33
	96.50	—	Französische Banknoten			80.95
	128.00	10 $\frac{1}{2}$	Österreichtische Banknoten			172.30
			Püußische Banknoten			225.90